

Beschluss des Landtages Brandenburg

Zum TOP 3: Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 12. Sitzung am 13. April 2005 folgenden Beschluss gefasst:

- "1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zu Weltoffenheit und Toleranz. Dies ist Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes.
2. Der Landtag bekennt sich zu der Aufgabe und Verpflichtung, jeder Form des politischen Extremismus und in Besonderheit des in Brandenburg weit überwiegenden Rechtsextremismus konsequent entgegenzutreten und die bereits begonnenen vielfältigen Maßnahmen zu seiner Überwindung konsequent weiterzuführen. Dies ist zwingend historische Verpflichtung und unverzichtbare Voraussetzung für die Bewahrung der demokratischen Kultur und den Schutz des Ansehens unseres Landes. Diese Auseinandersetzung erfordert Ausdauer, Überzeugungskraft und Mut.
3. Der Landtag betrachtet mit großer Sorge die Anzahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte im Jahr 2004. Der Landtag erklärt seine ausdrückliche Anteilnahme gegenüber den Opfern von rechtsextremistischer Gewalt. Er begrüßt daher ausdrücklich alle repressiven wie präventiven Aktivitäten von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Diese müssen auch in Zukunft intensiv weiter vorangetrieben werden.
4. Die Akzeptanz rechtsextremistischer Bestrebungen muss nachhaltig zurückgedrängt werden. Dieses hat bereits dort anzusetzen, wo der Sozialisierungsprozess junger Menschen beginnt. Dieser Auftrag richtet sich daher an alle Ebenen der öffentlichen Verwaltungen sowie an alle Bereiche des öffentlichen Lebens und natürlich an jeden einzelnen Bürger. Alle sind gefordert. Hierbei fällt der Schulung in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine wichtige Rolle zu. Sie tragen Verantwortung für die Sensibilisierung unserer Jugend und all derer, die mit ihr zusammenarbeiten.

Der Landtag begrüßt und unterstützt daher alle Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistischer Gewalt.

Dazu gehören vor allem die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung:

- des Konzeptes 'Tolerantes Brandenburg',
- des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- des Landespräventionsrates,
- der mobilen Beratungsteams,
- des Schwerpunktes der Bekämpfung fremdenfeindlicher Einstellungen bei der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung,

sowie im Bereich der Jugendarbeit:

- die Förderung des Demokratieverständnisses bei Kindern und Jugendlichen in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen,
- die Förderung der Aus- und Weiterbildung von Pädagogen und Studierenden zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und zur Konfliktbewältigung und Gewaltprävention,
- die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an internationalen Austausch und Begegnungen.

5. Die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Deutschland sind eine politische Herausforderung an die demokratischen Kräfte in unserem Land. Die Reaktion hierauf muss eine mit Besonnenheit und Augenmaß betriebene Entlarvung der Gefährlichkeit der Ziele rechtsextremistischer Bestrebungen sein.
6. Für die Vermittlung gelebter Demokratie und die Achtung vor der Würde und Unverletzlichkeit eines jeden Menschen sind nicht allein der Staat und die gesellschaftlichen Institutionen verantwortlich. Vielmehr müssen die Menschen auch für eine Kultur des Einmischens gewonnen werden.
7. Das ist sowohl eine staatliche Aufgabe als auch Verantwortung jedes einzelnen Bürgers im Einsatz für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Bürgerschaftliches Engagement ist die Basis des demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens in Brandenburg und verdient konkrete Unterstützung und Förderung.
8. Der Landtag befasst sich alljährlich im Vorfeld des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar mit der Umsetzung des Konzeptes 'Tolerantes Brandenburg'.
9. Der Landtag erwartet die weitere Unterstützung wissenschaftlicher Einrichtungen bei der Ursachenforschung von Rechtsextremismus und Gewalteskalation, verbunden mit Handlungsempfehlungen auch für die Politik."